

Drucksachen-Nr. **XI/1477**

Bad Schwalbach, den 10.12.2025

Aktenzeichen:

Ersteller/in: AS

Stabsbereichsleitung

Beratungsfolge	Sitzungstermin	TOP	Öffentlich
Kreisausschuss	19.01.2026	A. 2.2	nein
Ausschuss für Jugend, Soziales und Gesundheit	04.02.2026		ja
Kreistag	10.02.2026		ja

Titel

Große Anfrage 10/25 Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention; hier: Stellungnahme der Verwaltung

I. Sachverhalt:

Welche Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention, die die Kreisebene betreffen, sind im Rheingau-Taunus-Kreis umgesetzt und welche noch nicht?

Zur Großen Anfrage Nr. 10/25 der fraktionslosen Abgeordneten der Partei DIE LINKE wird wie folgt Stellung genommen:

Stellungnahme des FD II.8

Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) fordert die volle, gleichberechtigte Teilhabe und Inklusion von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen, basierend auf den Grundsätzen der Selbstbestimmung, Nichtdiskriminierung und Barrierefreiheit; zentrale Forderungen sind inklusive Bildung, ein inklusiver Arbeitsmarkt, volle Barrierefreiheit, Teilhabe am politischen Leben, Zugang zu Gesundheitsversorgung und die Stärkung der Selbstvertretung, um Vorurteile abzubauen und Menschen mit Behinderungen zu ermächtigen, selbst über ihr Leben zu entscheiden.

Im FD II.8 werden Eingliederungshilfeleistungen nach den Sozialgesetzbüchern Acht (SGB VIII) und Neun (SGB IX) Bundesteilhabegesetz für junge Menschen mit einer Behinderung gewährt. Hierbei stehen insbesondere die Leistungen zur Teilhabe an Bildung sowie zur sozialen Teilhabe im Vordergrund. Durch eine Vielzahl von Hilfen in ambulanter und stationärer Form wird versucht, eine sinnvolle und umsetzbare Teilhabe für alle anspruchsberechtigten jungen Menschen mit einer Behinderung zu ermöglichen. Hierbei wird in der Bedarfsprüfung und der Hilfeplanung soweit als möglich auf eine volle Partizipation der betroffenen jungen Menschen Wert gelegt. Dies bedeutet, dass die jungen Menschen mit einer Behinderung an den Entscheidungen, die ihr Leben betreffen, alters- bzw. behinderungsgerecht beteiligt werden und ihre Wünsche und Ziele Berücksichtigung finden können. Dies mit dem Ziel, ihre Selbstbestimmung und Selbstwirksamkeit zu stärken.

Stellungnahme der Beauftragten für Menschen mit Behinderung

Beauftragte für Menschen mit Behinderung wurden im Kreis installiert und eine entsprechende Satzung verabschiedet.

In verschiedenen Städten und Gemeinden ist dies ebenfalls gelungen. Über die Bürgermeisterdienstversammlung wurde versucht, weitere Beauftragte für Menschen mit Behinderung bzw. Inklusionsbeauftragte zu gewinnen.

Bei Baumaßnahmen und Straßenbaumaßnahmen sind die Beauftragten für Menschen mit Behinderung zu beteiligen.

Viele Bushaltestellen wurden barrierefrei umgebaut.

Eine sehr gelungene Maßnahme ist der Umbau der Talstation der Seilbahn Rüdesheim.

Geplant ist ein neuer Busbahnhof in Rüdesheim sowie die Sanierung vieler Bahnhöfe im Rheingau.

Stellungnahme des FD IV.5

Fördermittel des Landes Hessen zum geplanten Umbau von öffentlichen Gebäuden wurden beantragt und teilweise schon gewährt und müssen nur noch abgerufen werden.

An 8 Schulstandorten werden in den nächsten 3-4 Jahren die Bushaltestellen barrierefrei umgebaut.

An ca. 40 % der Schulstandorte wurde mind. 1 Klassenraum mit schallabsorbierenden Flächen für hörgeschädigte Schüler und Schülerinnen versehen, mittels Wandplatten und entsprechenden Schallschutzdecken oder Deckensegel.

An 35 von 45 Schulen sind barrierefrei Zugänge vorhanden, die in das Erdgeschoss führen und mind. einen Zugang zu einem Klassenraum haben. An 4 von den 35 Schulen sind Aufzüge für die Obergeschosse vorhanden.

An allen anderen 10 Schulstandorten werden zeitnah nach Bedarf/ in Abstimmung mit der Schulleitung barrierefreie Zugänge geschaffen, teilweise mittels Rampen (max. 6 % Neigung)

An 6 weiteren Schulstandorten werden im Zuge der Generalsanierung Aufzüge eingebaut.

An 30 von 45 Schulen sind barrierefreie/ behindertengerechte WC Anlagen vorhanden. An 5 weiteren Schulen werden barrierefreie WC im Zuge von Umbauten/ Erweiterungsbauten neu errichtet

(Sandro Zehner)
Landrat